

Kleine Anfrage 985

des Abgeordneten Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Umsetzung von erfolgreichen Bürgerentscheiden sicherstellen - konkrete Antwort - Nachfrage zur Kleinen Anfrage 755

Auf die Kleine Anfrage 755 teilt die Landesregierung in ihrer Antwort (Drucksache 6/2104) mit, welche Wirkungen ein erfolgreicher Bürgerentscheid hat. Frage 3 meiner Kleinen Anfrage zielte darauf ab, zu erfahren, welche gesetzlich zwingenden Situationen vorstellbar sind, die eine Ausbauverpflichtung begründen könnten. Hierzu antwortet die Landesregierung mit einem Verweis auf § 9 Abs. 1 BbgStrG, der eine allgemeine sich an Leistungsfähigkeit und Verkehrsbedürfnissen orientierende Unterhaltungs- bzw. Ausbaupflicht begründet. Diese abstrakte Verpflichtung ist bekannt, vermag aber keine konkrete Situation oder Maßnahme zu beschreiben, die eine Verpflichtung per se begründen würde. Daher stellt die Landesregierung in ihrer Antwort auch fest, dass keine konkreten Maßnahmen/Situationen benannt werden können.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Gibt es über die abstrakte Bestimmung des § 9 Abs. 1 BbgStrG hinaus andere konkrete gesetzliche Bestimmungen, die eine Ausbauverpflichtung begründen? Ich bitte um Benennung konkreter Situationen/Bestimmungen, in denen unabhängig von einem Beurteilungs- oder Ermessensspielraum eine Ausbauverpflichtung per se etwa aufgrund der Beschaffenheit der Umgebung begründet ist.

2. Welche Rolle spielen hierbei zum Beispiel Trinkwasserschutzbereiche?